

# Protokoll

über die

1

## Verhandlungen des Parteitages

der

Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

---

Abgehalten zu Halle a. S.

vom 12. bis 18. Oktober 1890.

2 = Wert

---

Berlin 1890.

H

Verlag der Expedition des „Berliner Volksblatt“.

(Th. Glöck.)

Friedrich-Ebert-Stiftung  
Bibliothek

## Das Programm der Partei.

I. Die Arbeit ist die Quelle alles Reichthums und aller Kultur, und da allgemein nutzbringende Arbeit nur durch die Gesellschaft möglich ist, so gehört der Gesellschaft, das heißt allen ihren Gliedern, das gesammte Arbeitsprodukt, bei allgemeiner Arbeitspflicht, nach gleichem Recht, Jedem nach seinen vernunftgemäßen Bedürfnissen.

In der heutigen Gesellschaft sind die Arbeitsmittel Monopol der Kapitalistenklasse; die hierdurch bedingte Abhängigkeit der Arbeiterklasse ist die Ursache des Elends und der Knechtschaft in allen Formen.

Die Befreiung der Arbeit erfordert die Verwandlung der Arbeitsmittel in Gemeingut der Gesellschaft und die genossenschaftliche Regelung der Gesamtarbeit mit gemeinnütziger Verwendung und gerechter Vertheilung des Arbeitsertrages.

Die Befreiung der Arbeit muß das Werk der Arbeiterklasse sein, der gegenüber alle anderen Klassen nur eine reaktionäre Masse sind.

II. Von diesen Grundsätzen ausgehend, erstrebt die sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands mit allen Mitteln den freien Staat und die sozialistische Gesellschaft, die Zerbrechung des ehernen Lohngesetzes durch Abschaffung des Systems der Lohnarbeit, die Aufhebung der Ausbeutung in jeder Gestalt, die Beseitigung aller sozialen und politischen Ungleichheit.

Die sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands, obgleich zunächst im nationalen Rahmen wirkend, ist sich des internationalen Charakters der Arbeiterbewegung bewußt und entschlossen, alle Pflichten, welche derselbe den Arbeitern auferlegt, zu erfüllen, um die Verbrüderung aller Menschen zur Wahrheit zu machen.

Die sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands fordert, um die Lösung der sozialen Frage anzubahnen, die Errichtung von sozialistischen Produktionsgenossenschaften mit Staatshilfe unter der demokratischen Kontrolle des arbeitenden Volkes. Die Produktionsgenossenschaften sind für Industrie und Handwerk in solchem Umfange in's Leben zu rufen, daß aus ihnen die sozialistische Organisation der Gesamtarbeit entsteht.

Die sozialistische Arbeiterpartei fordert als Grundlagen des Staates:

1. Allgemeines, gleiches, direktes Wahl- und Stimmrecht, mit geheimer und obligatorischer Stimmabgabe aller Staatsangehörigen vom zwanzigsten Lebensjahre an für alle Wahlen und Abstimmungen in Staat und Gemeinde. Der Wahl- oder Abstimmungstag muß ein Feiertag sein.
2. Direkte Gesetzgebung durch das Volk. Entscheidung über Krieg und Frieden durch das Volk.
3. Allgemeine Wehrhaftigkeit. Volkswehr an Stelle der stehenden Heere.
4. Abschaffung aller Ausnahmegesetze, namentlich der Pres-, Vereins- und Versammlungsgesetze, überhaupt aller Gesetze, welche die freie Meinungsäußerung, das freie Denken und Forschen beschränken.
5. Rechtsprechung durch das Volk. Unentgeltliche Rechtspflege.
6. Allgemeine und gleiche Volkserziehung durch den Staat. Allgemeine Schulpflicht. Unentgeltlicher Unterricht in allen Bildungsanstalten. Erklärung der Religion zur Privatsache.

Die sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands fordert innerhalb der heutigen Gesellschaft:

1. Möglichste Ausdehnung der politischen Rechte und Freiheiten im Sinne der obigen Forderungen.
2. Eine einzige progressive Einkommensteuer für Staat und Gemeinde, anstatt aller bestehenden, insbesondere der das Volk belastenden indirekten Steuern.
3. Unbeschränktes Koalitionsrecht.
4. Ein den Gesellschaftsbedürfnissen entsprechender Normalarbeitstag. Verbot der Sonntagsarbeit.
5. Verbot der Kinderarbeit und aller die Gesundheit und Sittlichkeit schädigenden Frauenarbeit.
6. Schutzgesetze für Leben und Gesundheit der Arbeiter. Sanitätliche Kontrolle der Arbeiterwohnungen. Ueberwachung der Bergwerke, der Fabrik-, Werkstatt-, und Haus-Industrie durch von den Arbeitern gewählte Beamte. Ein wirksames Gastpflichtgesetz.
7. Regelung der Gefängnisarbeit.
8. Volle Selbstverwaltung für alle Arbeiterhilfs- und Unterstützungskassen.

5

## Die Organisation der Partei.

### § 1.

Zur Partei gehörig wird jede Person betrachtet, die sich zu den Grundsätzen des Parteiprogramms bekennt und die Partei nach Kräften unterstützt.

### § 2.

Zur Partei kann nicht gehören, wer sich eines groben Verstoßes gegen die Grundsätze des Parteiprogramms oder wer sich ehrloser Handlungen schuldig gemacht hat.

Ueber die Zugehörigkeit zur Partei entscheiden die Parteigenossen der einzelnen Orte oder Reichstagswahlkreise.

Gegen diese Entscheidungen steht den Betroffenen die Berufung an die Parteileitung und den Parteitag zu.

### Vertrauensmänner.

### § 3.

Die Parteigenossen in den einzelnen Reichstags-Wahlkreisen wählen in öffentlichen Versammlungen zur Wahrnehmung der Parteinteressen einen oder mehrere Vertrauensmänner. Die Art der Wahl dieser Vertrauensmänner ist Sache der in den einzelnen Kreisen wohnenden Genossen.

### § 4.

Die Wahl der Vertrauensmänner erfolgt alljährlich und zwar im Anschlusse an den vorausgegangenen Parteitag.

Die Vertrauensmänner haben ihre Wahl mit Angabe ihrer genauen Adresse sofort der Parteileitung mitzutheilen.

### § 5.

Tritt ein Vertrauensmann zurück oder tritt sonstwie eine Vakanz ein, so haben die Parteigenossen umgehend eine Neuwahl vorzunehmen und davon entsprechend § 4 Abs. 2 der Parteileitung Mitteilung zu machen.

### § 6.

Da wo aus gesetzlichen Gründen die in den vorstehenden Paragraphen gegebenen Vorschriften unausführbar sind, haben die Parteigenossen den örtlichen Verhältnissen entsprechende Einrichtungen zu treffen.

#

#

X

§ 7.

Alljährlich findet ein Parteitag statt, der von der Parteileitung einzuberufen ist.

Hat der vorhergehende Parteitag über den Ort, an welchem der nächste Parteitag stattfinden soll, keine Bestimmung getroffen, so hat die Parteileitung mit der Reichstags-Vertretung hierüber sich zu verständigen.

§ 8.

Die Einberufung des Parteitages muß spätestens 4 Wochen vor dem Termin der Abhaltung desselben durch das offizielle Parteiorgan mit Angabe der provisorischen Tagesordnung erfolgen. Die Einladung zur Beschickung des Parteitages ist mindestens dreimal in angemessenen Zwischenräumen zu wiederholen.

Anträge der Parteigenossen für die Tagesordnung des Parteitages sind bei der Parteileitung einzureichen, die dieselben spätestens 10 Tage vor der des Parteitages durch das offizielle Parteiorgan bekannt zu geben hat.

§ 9.

Der Parteitag bildet die oberste Vertretung der Partei.

Zur Teilnahme an demselben sind berechtigt:

1. die Delegierten der Partei aus den einzelnen Wahlkreisen, mit der Einschränkung, daß in der Regel kein Wahlkreis durch mehr als 3 Personen vertreten sein darf.

Insofern nicht unter den gewählten Vertretern des Wahlkreises Frauen vorhanden sind, können weibliche Vertreter in besonderen Frauenversammlungen gewählt werden.

2. die Mitglieder der Reichstags-Fraktion,
3. die Mitglieder der Parteileitung.

Die Mitglieder der Reichstags-Fraktion und der Parteileitung haben in allen die parlamentarische und die geschäftliche Leitung der Partei betreffenden Fragen nur beratende Stimme.

Der Parteitag prüft die Legitimation seiner Teilnehmer, wählt seine Leitung und bestimmt seine Geschäftsordnung selbst.

§ 10.

Zu den Aufgaben des Parteitages gehören:

1. Entgegennahme des Berichts über die Geschäftsthätigkeit der Parteileitung und über die parlamentarische Thätigkeit der Abgeordneten.
2. Die Bestimmung des Orts, an welchem die Parteileitung ihren Sitz zu nehmen hat.
3. Die Wahl der Parteileitung.

#

4. Die Beschlußfassung über die Parteiorganisation und alle das Parteileben berührenden Fragen.
5. Die Beschlußfassung über die eingegangenen Anträge.

§ 11.

Ein außerordentlicher Parteitag kann einberufen werden:

1. durch die Parteileitung;
2. auf Antrag der Reichstags-Fraktion;
3. auf Antrag von mindestens 15 Wahlkreisen.

Falls die Parteileitung sich weigert, einem Antrag auf Einberufung eines außerordentlichen Parteitages stattzugeben, so ist derselbe durch die Reichstags-Fraktion einzuberufen. Als Versammlungsort eines außerordentlichen Parteitages ist ein geographisch möglichst günstig gelegener Ort zu bestimmen.

§ 12.

Die Einberufung des außerordentlichen Parteitages muß spätestens 14 Tage vor dem Termin der Abhaltung desselben durch das offizielle Parteiorgan in wenigstens drei aufeinanderfolgenden Nummern mit Angabe der Tagesordnung erfolgen.

Anträge der Parteigenossen sind spätestens 7 Tage vor der Abhaltung des Parteitages im offiziellen Parteiorgan zu veröffentlichen.

Im Uebrigen gelten für die außerordentlichen Parteitage dieselben Bestimmungen wie für die ordentlichen Parteitage (§§ 8—10).

Parteileitung.

§ 13.

Die Parteileitung besteht aus 12 Personen, und zwar aus 2 Vorsitzenden, 2 Schriftführern, 1 Kassierer und 7 Kontrollreuen.

Die Wahl der Parteileitung erfolgt durch den Parteitag mittelst Stimmzettel.

Nach erfolgter Wahl hat die Parteileitung ihre Konstituierung vorzunehmen und dieselbe im offiziellen Parteiorgan bekannt zu machen.

Die Parteileitung verfügt nach eigenem Ermessen über die vorhandenen Gelder.

§ 14.

Die Mitglieder der Parteileitung können für ihre Thätigkeit eine Besoldung beziehen. Die Höhe derselben wird durch den Parteitag festgesetzt.

§ 15.

Die Parteileitung besorgt die Parteigeschäfte, kontrolliert die prinzipielle Haltung der Parteiorgane, beruft die Parteitage und erstattet auf denselben über ihre Thätigkeit Bericht.

#

§ 16.

Scheidet einer der Vorsitzenden, Schriftführer oder der Kassirer aus, so ist die Vakanz durch eine von den Kontrolleuren vorzunehmende Neuwahl zu ergänzen.

Parteiorgan.

§ 17.

Zum offiziellen Parteiorgan wird das „Berliner Volksblatt“ bestimmt. Dasselbe erhält vom 1. Januar 1891 ab den Titel:

„Vorwärts“

Berliner Volksblatt.

Central-Organ der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Alle offiziellen Bekanntmachungen sind an hervorragender Stelle des redaktionellen Theils zu veröffentlichen.

Abänderung der Organisation.

§ 18.

Änderungen an der Organisation der Partei können nur durch einen Parteitag vorgenommen werden, doch muß die absolute Mehrheit der anwesenden Vertreter sich dafür erklären.

Anträge auf Abänderung der Organisation können nur beraten werden, wenn sie innerhalb der Fristen, welche die §§ 8 und 12 vorschreiben, zur öffentlichen Kenntniß der Parteigenossen gelangten.

Eine Abweichung von der letzteren Bestimmung ist nur dann zulässig, wenn mindestens  $\frac{3}{4}$  der anwesenden Vertreter auf einem Parteitag sich für die Abweichung entscheiden.

#

Tagesordnung des Parteitages.

Sonntag den 12. Oktober, Abends 7 Uhr:

Vorversammlung. Konstituierung des Parteitages und Wahl einer Kommission für die Prüfung der Vollmachten.

Montag den 13. Oktober und die folgenden Tage:

1. Bericht der Parteileitung. Berichterstatter: Bebel.
2. Bericht der Revisoren.
3. Bericht über die parlamentarische Thätigkeit der Reichstagsfraktion. Berichterstatter: Singer.
4. Die Organisation der Partei. Berichterstatter: Auer.
5. Vornahme der Wahlen auf Grund der angenommenen Organisation.
6. Das Programm der Partei. Berichterstatter: Liebknecht.
7. Die Parteipresse. Berichterstatter: Auer und Bebel.
8. Die Stellung der Partei zu Streiks und Boykotts. Berichterstatter: Grillenberger und Klopff-Stuttgart.
9. Anträge aus der Mitte des Parteitages.

#

## Bureau des Parteitages.

Vorsitzende:

Singer, Berlin. — Dieß, Stuttgart.

Schriftführer:

Agster, Stuttgart.	Ernst, Berlin.	Dertel, Nürnberg.
Wos, Stuttgart.	Frohme, Hannover.	Schippel, Friedrichsh.
Brühns, Bremen.	Müller, Schkeuditz.	Schwarz, Lübeck.

Mandats-Prüfungs-Kommission:

Groal, Brandenburg.	Girsch, Weizensee.	Pfannkuch, Kassel.
Grothe, Halle.	Hofang, Dessau.	Schwarz, Hamburg.
Sahn, Gera.	Kloß, Stuttgart.	Bernau, Berlin.

Neuner-Kommission.

Groal, Brandenburg.	Kaden, Dresden.	Müller, Darmstadt.
Geß, Offenbach.	Kloß, Stuttgart.	Pfannkuch, Kassel.
Grimpe, Ebersfeld.	Weiß, Köln a. Rh.	Reißhaus, Erfurt.

Fünfundzwanziger-Kommission.

Auer, Berlin.	Frau Iherer, Belten.	Scherm, Nürnberg.
Behel, Berlin.	Kandt, Kottoc.	Schönfeld, Dresden.
Behrend, Frankf. a. O.	Keppler, Berlin.	Schulz, Berlin.
Bertram, Hannover.	Kühn, Langenbielau.	Segitz, Fürth.
Daxbach, Hanau.	Lorenz, Königsberg.	Slomke, Bielefeld.
Emmel, Frankf. a. M.	Lütjens, Hamburg.	Stern, Stuttgart.
Hänsler, Mannheim.	Malke, Jüdensburg.	Theiß, Hamburg.
Herbert, Stettin.	Riemann, Chemnitz.	Vollmar, München.
	Bernau, Berlin.	

**Auswärtige Gäste.**

Dr. Adler, Wien.	Domela - Nieuwen-	Labour, Paris.
Ansele, Gent.	huis, Haag.	Frau Mary-Abeling,
Beck, Zürich.	Duc-Querey, Paris.	London.
Branting, Stockholm.	Féroul, Paris.	Mundberg, Kopenhg.
Frl. Cohen, Amster-	Guesde, Paris.	Polorny, Wien.
dam.	Hanser, Wien.	Scherrer, St. Gallen.
	Wobsty, Warschau.	Wullschlegler, Basel.

#

## Protokoll.

**Eröffnungssitzung:** Sonntag, 12. Oktober, Abends  
7 Uhr, im großen Saale des Lokals „Zum Hofsäger“.

Der Saal ist festlich geschmückt. Von den Wänden grüßen die umkränzten Bilder unserer Lobten herab: Geib, Bracke, Hasenclever, Kräcker, Jork und Kaiser. Marx' und Lassalle's Bildnisse sind über der Tribüne vereint unter der Gestalt einer Freiheitsgöttin; unten im Bilde geht die Sonne der Gerechtigkeit auf, während das Schiff der Sozialdemokratie die Wellen kühn durchschneidet und der Zukunft entgegensteht. Quer über der Tribüne steht auf breitem Bunde der alte Schlachtruf: Proletarier aller Länder vereinigt Euch! Zwei rothe Fahnen wallen zu beiden Seiten der Tribüne herab. Auf der einen liest man: Sozialdemokratischer Parteitag zu Halle; auf der anderen: Gleichheit, Freiheit und Brüderlichkeit.

Zahlreiche Schilder hängen an den Wänden, welche die bedeutendsten Tage der Geschichte der deutschen Sozialdemokratie nennen. Ungefähr 400 Delegirte, fast alle Mitglieder der Reichstagsfraktion, zahlreiche Hallenser, sowie eine Anzahl ausländischer Genossen sind anwesend.

Im Namen der Reichstagsfraktion, der Einberuferin des Parteitages, eröffnet Genosse Liebenrecht die Verhandlungen: Als dem ältesten der Einberufer dieses Kongresses ist mir die ehrenvolle Aufgabe geworden, die hier versammelten Delegirten der deutschen Arbeiter, sowie die fremden Gäste, welche unseren Kongreß mit ihrer Anwesenheit beehrt haben, zu begrüßen. Ich thue dies hiermit und eröffne zugleich den Kongreß der deutschen Sozialdemokratie. Die Zahl der Teilnehmer war von uns von Anfang an hoch geschätzt worden; aber unsere höchsten Schätzungen hat die Wirklichkeit weit übertroffen. Die zahlreiche Anwesenheit von Delegirten verkündet bereits das gewaltige Wachstum der deutschen Sozialdemokratie. Der Kongreß, welcher heute beginnt, ist der erste, welcher nach dreizehn Jahren wieder auf deutschem Boden tagt. In diesen dreizehn Jahren liegen zwölf Jahre der Herrschaft des Sozialistengesetzes — zwölf Jahre des Kampfes, heißen, ununterbrochenen, alle Kräfte anspannenden Kampfes. Die Gegner schonten

#

uns nicht; und wir, zu stolz und zu stark, um uns feig zu fügen, gaben Schlag auf Schlag zurück, und so haben wir das Geseß überwunden. Der Kampf aber hat auch schwere Opfer gekostet und wie viele der tapfersten Kämpfer sind auf dem Feld der Ehre geblieben! Da an den Wänden schämen manche derselben auf uns herab, ein Geiß, ein Bracke, ein Hasenclever, ein Kayser und wie sie sonst alle heißen. Und wie groß ist die Zahl der Ungenannten und zum Theil Unbekannten, die in diesem Kampfe ihr Leben gelassen, und auch Derer, die ihre Gesundheit, ihr Vermögen eingebüßt haben. So schwer aber auch die Opfer waren, sie sind nicht umsonst gebracht worden. Und sie haben unsere Kräfte nicht geschwächt, sondern gestärkt. An die Stelle der Niedergeworfenen traten Andere, und wenn auch unsere vormarschirende Armee eine lange Linie Gefallener oder müde Zurückgebliebener aufzuweisen hat, unser Vornarsch ist nicht aufgehalten, unsere Reihen sind nicht gelichtet worden; im Gegentheil: je zahlreicher die Opfer, desto zahlreicher der Zuzug, desto größer die Begeisterung. Und je höher und stolzer wir unsere Fahnen trugen, desto mehr erkannten weite Kreise des Volkes außerhalb der Partei, daß durch die Sozialdemokratie allein die Erlösung für das arbeitende Volk, für die gesammte darbedende Menschheit zu finden sei.

Wir sind nicht hierhergekommen, um Reden zu halten, wir haben ernste Geschäfte zu erledigen, ernst nach bestem Können zu besorgen die Geschäfte der Partei, der eine neue, den neuen Verhältnissen entsprechende Organisation geschaffen werden muß.

Wir tagen hier im vollsten Lichte der Oeffentlichkeit. Es ist Ihnen bekannt, daß in den letzten Tagen durch die gegenwärtige Presse verbreitet worden ist, die Sozialdemokraten hätten zwar im ersten Moment in großmüthiger Aufwallung erklärt, der Eintritt zum Kongreß solle frei, seine Verhandlungen öffentlich sein, aber sie hätten sich schließlich vor ihrem eigenen Beschlusse gefürchtet; — der Beschluß sei zurückgenommen worden, weil wir viel Heimliches zu verhandeln, viel schmutzige Wäsche zu waschen hätten. Wohlan, nun tagen wir hier im Lichte der vollsten Oeffentlichkeit; die Vertreter der Presse aller Parteien dürfen anwesend sein. Wir stellen uns der Kritik. Unsere Partei hat nichts zu vertuschen, nichts zu verbergen, ihre Ziele liegen klar da. Es giebt freilich Leute, welche behaupten, die Ziele, die wir in unserem Programm aufstellen, seien bloß zum Schein aufgestellt und hinter ihnen lägen andere — die wahren Ziele. Es sind Thoren, die so reden, sie verrathen dadurch, daß sie von dem Wesen unserer Partei keinen Begriff haben und stellen ihrem Verstand ein sehr schlechtes Zeugniß aus. Wäre das wahr, so trieben wir eine selbstmörderische Politik, wir würden gerade im entscheidenden Moment, wenn das wahre Programm zu enthüllen wäre, von den Massen verlassen

#

werden! Genug, hier stehen wir. Wir fordern die Kritik heraus, wir haben nichts zu scheuen.

Ihnen hier, meine Genossen, brauche ich nicht Worte der Mahnung zu sagen, Ihnen brauche ich keine Rathschläge zu geben; Sie sind fast ohne Ausnahme im Kampfe erprobt, — die Ehre und das Interesse der Partei wird Ihr Leitstern sein, der Gedanke an das Wohl der Partei wird Ihr Rathen und Handeln beherrschen und uns mit Sicherheit dem Ziele immer näher führen. Man pflegt den Soldaten, wenn sie in den Kampf gehen, zu sagen: „Das Vaterland blickt auf Euch und erwartet, daß Ihr Eure Schuldigkeit thut!“ — Wir gehen jetzt nicht in den Kampf, aber ein weltgeschichtlicher Moment ist es, in dem die deutsche Sozialdemokratie sich auf diesem Parteitag konstituirt, und dessen mißsen wir eingedenk sein. — Nicht bloß das Vaterland blickt auf uns — die gesammte deutsche Arbeiterschaft voll Vertrauen, unsere Feinde voller Haß und Angst —, die ganze gebildete Welt blickt auf diesen Kongreß. Seit Jahren — das zeigt ein Blick in die Presse des Auslandes — hat kein Ereigniß in den weitesten Kreisen ein solches Aufsehen erregt, wie der Sieg der Sozialdemokratie am 20. Februar dieses Jahres, der Fall des Sozialistengesetzes und das Zusammentreten dieses Kongresses. In England, Frankreich, Amerika, überall beschäftigt sich die Presse mit diesem unserm Kongreß als mit dem wichtigsten Ereigniß der Gegenwart, damit bezeugend, daß das Proletariat eine Macht geworden ist, daß mit der Sozialdemokratie gerechnet werden muß und daß sie eine Summe von Kraft repräsentirt, welche ausschlaggebend in die Waagschale der Zeit fällt. Haben wir doch durch die Zahl unserer Stimmen am 20. Februar bewiesen, daß wir die zahlreichste, die stärkste, ja in gewisser Beziehung die leitende Partei Deutschlands sind. Oder dreht sich nicht gegenwärtig die Gesetzgebung, das ganze politische Leben wesentlich um unsere Partei, um die von uns formulirten Forderungen des arbeitenden Volks? Der Sieg vom 20. Februar, das wunderbare Wachsthum der deutschen Sozialdemokratie, welche aus einer Sekte zu einer kleinen Partei, aus einer kleinen Partei zu einer großen, aus einer großen zur größten Partei in Deutschland geworden ist, legt uns auch erhöhte Pflichten, schwierigere Aufgaben auf; Sie alle sind sich dessen bewußt, sind sich bewußt der Bedeutung des Moments und der Verantwortlichkeit, die auf Ihnen, auf uns allen ruht, — Sie werden die Hoffnungen des arbeitenden Volks aller Länder nicht täuschen; auf der andern Seite aber werden Sie auch die Hoffnungen Derjenigen zu Schanden machen, welche da wähnen, die Sozialdemokratie, die von ihren Feinden nicht besiegt werden konnte, werde sich selbst durch inneren Zwiespalt besiegen.

Wohlan, ich schließe mit einem Hoch auf die internationale

#

Sozialdemokratie, sie lebe hoch! hoch! hoch! (Die Versammelten stimmen begeistert in den dreimaligen Hochruf ein.) — Und nun erwächst mir die Pflicht, den Parteitag zu konstituieren. Ich erwarte Ihre Vorschläge.

Emald-Brandenburg schlägt vor, die Delegirten Singer und Diez zu Vorsitzenden zu wählen und zwar mit gleichen Rechten.

Weitere Vorschläge erfolgen nicht, der Vorschlag Emald's wird durch Akklamation einstimmig angenommen.

Singer: Im Auftrage unseres Genossen Diez und für mich sage ich der Versammlung herzlichsten Dank für die hohe Ehre, die Sie uns durch die eben vollzogene Wahl erwiesen haben. Wir wissen das in uns gelebte Vertrauen zu schätzen; wir werden mit allen Kräften bemüht sein, es zu rechtfertigen und, soweit an uns liegt, dafür sorgen, daß der Parteitag, der seit 13 Jahren zum ersten Male wieder auf deutschem Boden abgehalten werden kann, würdig der Partei, würdig der Sozialdemokratie verlaufe. Wir können dieses Vorhaben aber nur ausführen, wenn wir der Unterstützung jedes einzelnen Genossen sicher sind, und ich bin überzeugt, daß, da für jeden Einzelnen von uns die Ehre der Partei die eigene Ehre ist, jeder Genosse die hiermit namens des Bureaus ausgesprochene Bitte erfüllen und uns in der Geschäftsführung nach Möglichkeit unterstützen wird. Wir nehmen die Wahl mit herzlichem Dank an. (Lebhafte, andauernder Beifall.)

Auf Vorschlag des Vorsitzenden Singer werden acht Schriftführer gewählt, von denen in jeder Sitzung abwechselnd drei an den Bureausgeschäften theilnehmen sollen, zwei für das Protokoll, einer für die Rednerliste. Die Versammlung stimmt dem zu und erfolgt die Wahl der Schriftführer ebenfalls per Akklamation.

Die drei Erstgenannten treten sofort ihr Amt an.

Vorsitzender Singer: Es würde nun zunächst das Einverständnis des Parteitages darüber herbeizuführen sein, daß die provisorisch Ihnen vorgelegte Tagesordnung als für unsere Verhandlungen maßgebend angesehen wird. Ich bitte diejenigen, welche anderer Meinung sind, das Wort zu nehmen.

Werner-Teltow: Ich möchte den Parteigenossen vorschlagen, daß bei der Verhandlung über die verschiedenen Punkte der Tagesordnung jedesmal ein Referent von Seiten der Abgeordneten und dann ein Korreferent aus der Mitte der Delegirten gehört wird, welche Korreferenten sich freiwillig zu melden hätten. Nach der provisorischen Geschäftsordnung soll den einzelnen Rednern nur eine Redezeit von 10 Minuten zustehen, während die Referenten über eine Stunde verfügen. Ich besorge, daß dann eine etwaige gegenheilige Meinung nicht richtig und nicht ausreichend zum Ausdruck kommen würde. Außerdem meine ich, daß bei den beiden Punkten der Tagesordnung, wo zwei Abgeordnete als Referenten

#

genannt sind, einer zu Gunsten eines Korreferenten aus der Mitte der Delegirten zurücktreten sollte. Das würde bei den Referaten über die Presse und über Strikes und Boykotts zu geschehen haben.

Förster-Hamburg widerspricht diesem Vorschlage, dessen Notwendigkeit er nicht einsehen könne, wie er auch die von Werner ausgesprochene Besorgniß seinerseits nicht theile. Die provisorische Tagesordnung sei vollständig sachgemäß festgesetzt.

Leutner-Appolda kann der Ansicht Werner's ebenfalls nicht beitreten. In der Diskussion genüge eine Redezeit von 10 Minuten, um eine bestimmte Ansicht zur Geltung zu bringen. Das Verfahren nach dem Vorschlage Werner's würde eine kolossale Vergeudung der Zeit herbeiführen, das könne er nicht unterstützen.

Schulke-Magdeburg empfiehlt dagegen, den Antrag anzunehmen. Trage man jeder hier auf dem Parteitage auftretenden Meinung Rechnung, so werde das am besten zur Förderung unserer Parteiinteressen dienen. Es könne nicht zur Klärung beitragen, wenn eine Majorität die Minorität unterdrücke.

Prinz-Frankfurt a. M.: Wir werden einen Fehler begehen, wenn wir die Tagesordnung nicht erledigen, wie sie uns vorgeschlagen ist. Wir sollen heute den Parteitag konstituieren und eine Kommission zur Prüfung der Vollmachten wählen. Geht die Debatte so weiter, so kommen möglicherweise zahlreiche Personen zum Worte, die gar nicht Delegirte sind.

Mehner-Berlin I: Wir haben uns gegenwärtig doch über die Tagesordnung schlüssig zu machen. Ich begreife nicht, warum man damit schon jetzt eine Anregung zur Geschäftsordnung vermengt.

Bebel: Ich glaube, die Absicht, die Genosse Werner mit seinem Antrage verfolgt, wird durch den Vorschlag selbst total verfehlt. Wenn ich recht verstehe, beabsichtigt er nämlich dafür Sorge zu tragen, daß nach jedem Referenten auch ein Redner zum Worte kommt, der vielleicht gegenheiliger Meinung ist. Es wird sich aber doch einmal fragen, ob solche sich melden, und dann, ob der Parteitag Neigung hat, sie zu hören. Es wird eventuell nothwendig sein, darüber eine Abstimmung herbeizuführen. Das sind Komplikationen, die uns unnütz eine Menge Zeit kosten würden. Weiter aber ist der Antrag auch deshalb nicht acceptabel, weil zu dem Bericht der Parteilung aus der Mitte der Versammlung ein Korreferent doch gar nicht ernannt werden kann. Bei der Diskussion über die parlamentarische Thätigkeit der Fraktion werden diejenigen, die mit derselben nicht einverstanden sind, ebenso das Wort haben wie die andern; mehr können Sie doch nicht verlangen. Es hat also Niemand ein Recht, sich beschwert zu fühlen. Dem Wunsche, daß da, wo zwei Referenten in der provisorischen Tagesordnung bestellt sind, einer zurücktreten möge, erkläre ich persönlich schon jetzt, beim Punkte „Partei-Presse“ mit Vergnügen nachkommen

#



zu wollen. Bei dem anderen Punkte „Streits und Boykotts“ geht das nicht an, weil da gar keine zwei Abgeordnete zu Referenten ernannt sind. Wir haben hiernach keine Veranlassung, von der früheren bewährten Praxis abzugehen.

Meist-Köln beantragt den Schluß der Diskussion über den Antrag Werner.

Vorsitzender Singer: Da wir noch keine Geschäftsordnung haben, behandeln wir diesen Antrag Meist in der üblichen Weise, indem wir einem Redner für, einem gegen den Schluß das Wort geben. (Zustimmung der Versammlung.)

Meist-Köln bestirwortet den Schluß, da schon je zwei Redner für und gegen den Antrag Werner sich geäußert haben.

Das Wort gegen den Schluß wird nicht verlangt.

Mit großer Mehrheit wird darauf der Schlußantrag angenommen und der Antrag Werner abgelehnt.

Der Vorsitzende Singer konstatirt das Einverständnis des Parteitagés, die provisorische Tagesordnung für seine Verhandlungen als maßgebend anzusehen.

Weiter macht der Vorsitzende dem Parteitage den Vorschlag, sich eine Geschäftsordnung zu geben. Es liegt unter den gedruckten Vorlagen folgender Entwurf einer solchen vor:

### Geschäftsordnungs-Entwurf

für die

### Verhandlungen des Parteitagés.

1.

Die Meldungen zum Wort sind schriftlich einzureichen und erhalten die Redner nach der Reihenfolge der Anmeldung das Wort.

2.

Alle Anträge, außer denen zur Geschäftsordnung, sind schriftlich einzureichen und müssen dieselben, falls sie zur Verhandlung gelangen sollen, von mindestens 30 Delegirten unterstützt sein. Die Unterstützung kann durch Unterschrift oder Zusage erfolgen.

3.

Sobald ein Antrag die nöthige Unterstützung gefunden, erhält bei der Verhandlung darüber zunächst der Antragsteller das Wort.

4.

Bei Geschäftsordnungs-Anträgen genügt eine Unterstützung von 15 Delegirten. Bei Anträgen auf Schluß der Debatte oder auf Vertagung erhält nur ein Redner für und einer gegen das Wort. Das Wort zur Geschäftsordnung wird außer der Reihenfolge der vorgemerkten Redner theilil. Persönliche Bemerkungen sind erst am Schlusse der Debatte zu machen.

#

5.

Die Redezeit der Referenten wird auf eine Stunde festgesetzt. Die Einbringer selbständiger Anträge haben zur Begründung derselben eine Redezeit von 20 Minuten.

In der Diskussion erhält jeder Redner 10 Minuten das Wort. Kein Redner — mit Ausnahme der Referenten und Einbringer selbständiger Anträge — darf mehr als 2mal in einer Sache das Wort nehmen.

6.

Die Beschlüsse werden mit absoluter Mehrheit der Abstimmanden gefaßt. Stimmgleichheit gilt als Ablehnung des Antrages.

7.

Auf Antrag von mindestens 30 Mitgliedern des Parteitagés muß die namentliche Abstimmung über einen Antrag stattfinden.

Nach eingehender Diskussion wird vorstehende Geschäftsordnung, mit dem Zusatzantrag, daß vor Schluß des Parteitagés abreisende Delegirte dies dem Bureau anzuzeigen haben und ihre Namen im Protokoll vermerkt werden sollen, angenommen.

Der Vorsitzende schlägt vor, eine Mandats-Prüfungskommission von 9 Mitgliedern zu wählen, welche dem Parteitage Bericht zu erstatten hat. Der Vorschlag wird nach kurzer Diskussion angenommen und findet die Wahl per Affirmation statt.

Zu Mitgliedern der Mandats-Prüfungskommission werden gewählt die Genossen: Wernau-Berlin, Gosang-Dessau, Gahn-Gera, Gwals-Brandenburg, Hirsch-Niederbarnim, Pfannkuch-Kassel, Schwarz-Hamburg, Mehger-Hamburg, Heinzel-Kiel.

Nach Schluß der Wahl bemerkt Stomke-Vielefeld, daß Genosse Mehger-Hamburg kein Mandat zum Parteitag habe und deshalb auch nicht die Mandate prüfen dürfe.

Der Vorsitzende bedauert, daß dieses Bedenken nicht schon vor der Wahl des Genossen Mehger ausgesprochen worden ist. Derselbe sei gewählt; indessen der Parteitag sei souverän.

Arnold-Constanz hätte gewünscht, daß auch ein Genosse aus Süddeutschland in die Kommission gewählt worden wäre.

Die Genossen Mehger-Hamburg und Heinzel-Kiel verzichten zu Gunsten süddeutscher Genossen, worauf die Kommission durch die Wahl von Kloss-Stuttgart und Grothe-Galle (Vorsitzender des Lokalkomiteés) kompletirt wird.

Der Vorsitzende macht nunmehr Vorschläge über Zeit und Dauer der Sitzungen des Parteitagés. Es empfehle sich für den Parteitag die Einführung des achtstündigen Normalarbeitstages (Seiterkeit). Es sei am besten, wenn der Parteitag von 9—11 und von 3—7 Uhr tage.

Brühne-Frankfurt a. M. schlägt vor: 8—12 und 2—6, Bremer dagegen 8—12 und 5—9 mit Rücksicht auf die beschäftigten Arbeiter.

2 #

Grothe-Halle bittet, am Montag wenigstens von 9—1 und 4—8 Uhr zu tagen, weil er die Versammlung in dieser Weise polizeilich angemeldet habe.

Lücke-Cöln und Pfannkuch-Cassel glauben, daß eine Rücksprache mit der Polizeibehörde wohl zu einer Aenderung der Anmeldung im Sinne des Vorschlages des Vorsitzenden führen könne.

Grothe erklärt sich bereit, sich zu diesem Zwecke mit der Polizeibehörde ins Einvernehmen zu sehen.

Es verbleibt bei dem Vorschlage des Vorsitzenden.

Meist-Cöln beantragt, eine Kommission von 12 Mitgliedern zu wählen, welcher alle Anträge auf Aenderung des Parteiprogramms einzureichen sind und die durch einen Referenten zu Punkt 6 der Tagesordnung Bericht zu erstatten hat.

Bebel: Ich bitte, den Antrag Meist abzulehnen (Zustimmung). Nach meiner Ueberzeugung ist in Bezug auf das Parteiprogramm diesmal doch nicht an ein endgültiges Resultat zu denken (Sehr richtig!). Ich denke mir die Sache so, daß, nachdem wir den Referenten gehört haben, in der Diskussion die verschiedensten Wünsche und Ansichten laut werden und daß schließlich alle hier gestellten Anträge einer Kommission überwiesen werden, die alsdann das Programm definitiv festzustellen und mindestens 3 Monate vor dem nächsten Parteitag zu veröffentlichen hätte, so daß dieser zu einem allen Wünschen entsprechenden Parteiprogramm kommen könnte.

Meist zieht seinen Antrag zurück.

Der Vorsitzende verspricht auf eine Anregung mehrerer Genossen, daß das Bureau in Verbindung mit dem Lokalkomitee dafür Sorge tragen wird, daß die Delegirten möglichst im Hauptsaal Platz finden und jede Störung der Verhandlungen vermieden wird. Den ausländischen Genossen soll ein besonderer Tisch reservirt und Rauchen sowie das Biertrinken im Sitzungssaal vermieden werden.

Nachdem der Vorsitzende noch mitgetheilt, daß die Protokolle der Sitzungen auf dem Bureau zur Einsicht offen liegen und über die gesammten Verhandlungen ein ausführliches Protokoll auf Grund stenographischer Aufzeichnungen erscheinen wird, schließt er die Sitzung um 9 Uhr.

## Erster Verhandlungstag.

Montag, den 13. Oktober, Vormittags 9 Uhr.

Singer eröffnet die Sitzung mit folgender Ansprache:

Parteigenossen! Wir haben die Freude, die ausländischen Genossen Mumburg-Kopenhagen, Labour-Paris, Anselme-Gent, Wobasky-Warschau, Bokorny-Wien, Ganzer-Wien, Dr. Adler-Wien, Domela-Nieuwenhuis-Haag, Branting-Stockholm und Duc-Quercy-

H

Paris, unter uns zu sehen. Ich glaube, ich kann die Verhandlungen des Parteitages der deutschen Sozialdemokratie nicht besser einleiten, als indem ich die ausländischen Genossen namens des Parteitages brüderlich und herzlich willkommen heiße. (Allseitige Zustimmung.) Zu ihrer Theilnahme an unseren Arbeiten manifestirt sich die von den Gegnern so oft angezweifelte und bestrittene Solidarität der Arbeiterklasse der ganzen Welt in der glänzendsten Weise; wir danken den ausländischen Genossen, daß sie zu uns gekommen; wenn wir auf unserem Parteitag auch nur die Geschäfte der Sozialdemokratie Deutschlands erledigen werden, so mögen unsere Gäste doch die Ueberzeugung mit in ihre Länder nehmen, daß die deutsche Sozialdemokratie sich ihrer internationalen Aufgaben ebenso bewußt ist, wie der Pflichten, welche sie gegen die deutsche Arbeiterklasse zu erfüllen hat. Die Armesenheit der ausländischen Genossen, deren Zahl sich, wie zu erwarten steht, im Laufe des Parteitages noch vermehren wird, beweist uns, daß das Wort unseres großen Führers Carl Marx zur Wahrheit geworden ist, daß die Proletarier aller Länder seinem Mahnwort gemäß sich vereinigt haben, und daß sie gewillt und bereit sind, je nach den Verhältnissen ihrer Länder, in gemeinsamer Arbeit die geschichtliche Mission der Arbeiterklasse zu erfüllen, daß sie erkämpfen wollen die Befreiung der Menschheit aus den Banden der Unwissenheit, aus dem Joche der Armuth, aus der Sklaverei des Lohnsystems. (Lebhafte Beifall.) Ich begrüße die ausländischen Genossen in unseren Reihen und bitte sie, den Verhandlungen des Parteitages mit demselben Interesse zu folgen, welches sie in so hohem Maße durch ihr Erscheinen bereits bekundet haben. (Allseitiger lebhafter Beifall.) Nun, Parteigenossen, drängt es mich, bei Beginn unseres Parteitages, der seit 13 Jahren zum ersten Male wieder auf deutschem Boden stattfindet, jener Treuen und Tapferen zu gedenken, welche im Laufe der Jahre seit dem Parteitage von St. Gallen durch den Tod aus unseren Reihen geschieden sind. Ich bin überzeugt, im Sinne der Gesamtpartei zu handeln, wenn ich die Delegirten bitte, sich zum ehrenden Angedenken an die Genossen, welche bis zum letzten Athemzuge in nie vergebender Treue, Schulter an Schulter mit uns gekämpft haben, von ihren Sitzen zu erheben. (Geschloßt.)

Eine sehr große Anzahl von Begrüßungs- und Zustimmungstelegrammen ist beim Bureau des Parteitages eingelaufen; dieselben wünschen sämmtlich den Vertretern der deutschen Sozialdemokratie erfolgreiches Arbeiten, und enthalten die Versicherung, daß überall die Verhandlungen des Parteitages mit den lebhaftesten Sympathien begleitet werden. Von der Vorlesung des Wortlauts wird Abstand genommen und nur die Liste der Orte verkündet, woher die Telegramme und Zuschriften stammen. — Außerdem sind bereits durch die Presse diejenigen Zuschriften an die deutsche Sozialdemokratie

\* H

veröffentlicht worden, die vor der Constatuirung des Parteitages eingegangen sind.

Eine Liste der Adressen, Telegramme und Zuschriften wird dem Protokoll einverleibt werden. (Siehe Anhang.)

Namens des Parteitages spricht der Vorsitzende unter lebhaftem Beifall der Versammlung den Veranlassern dieser Zusendungen für die darin ausgedrückte Theilnahme den Dank aus.

Auf Antrag von Körner-Anhalt II, dem die Versammlung zustimmt, wird der Vorklaut der Gesamtadresse der italienischen Genossen, deren Verlesung letztere ausdrücklich gewünscht haben, in der vom Verfasser Professor Labriola hergestellten deutschen Uebersetzung vom Antragsteller verlesen.

Unterzeichnet ist die Adresse von einer großen Anzahl von Vereinen; außerdem hat dieselbe eine lange Reihe persönlicher Unterschriften von Zeitungsvertretern und Vereinsvorständen, darunter eine ganze Anzahl von Universitätsprofessoren.

Es folgt nun eine Reihe von Ansprachen der ausländischen Genossen an die Delegirten zum Parteitage.

Domela Nieuwenhuis-Haag: Kampfesgenossen! Ich danke dem Vorsitzenden des Kongresses für die freundliche Aufnahme, welche wir hier gefunden haben, die wir gekommen sind, um dem Parteitag der deutschen Sozialdemokratie beizuwohnen. Es ist immer schwer, in einer fremden Sprache zu reden, aber unter Ihnen nicht; denn ich fühle mich nicht fremd unter Ihnen (Beifall), ich fühle mich als ein Freund unter Freunden; denn wir haben eine Sprache des Herzens, eine Sprache des Gefühls, und darum sollten wir Sozialdemokraten der Welt einander verstehen, auch wenn ich nicht zu Ihnen sprechen, wenn ich Ihnen nur die Hand drücken könnte. Ich bringe Ihnen einen Gruß der Freundschaft und des Wohlwollens aus Holland, dem kleinen Lande, das einmal der Keim der Freiheit und der Revolution war, wo man gelitten und gekämpft hat gegen die Unterdrücker, und wo der Geist der Revolution nie ausgelöscht worden ist. Wir sind stammverwandt (lebhafter Beifall). Ihr Leiden war unser Leiden, und nun ist Ihre Freude auch unsere Freude. Keine Grenze, willkürlich gezogen durch die Diplomatie, keine Nationalität, keine Religion kann uns trennen; wir sind eins von Herzen und eins von Sinn, denn wir haben denselben Feind zu bekämpfen: den internationalen Kapitalismus. Darum müssen wir auch international sein. Ja, die Sozialdemokratie sei international oder sie sei nicht! In diesem Augenblick klopft Ihr Herz stolz; denn Sie haben nach 12 Jahren des Kampfes und Leidens einen Sieg errungen; Sie haben ihn errungen nicht bloß für Deutschland, nein für die ganze Menschheit. Aber noch sind wir nicht am Ende; es ist nur eine andere Form des Streites.

H

welche eintritt, wir bleiben noch immer im Kampf. Wir gedenken Aller, welche als Märtyrer gestorben sind und gelitten haben, wir gedenken auch Derer, welche noch im Kerker sind.

Als 1789 die Bastille genommen war, das Volk im ersten Augenblicke siegestrunken frohlockte, da war es der edle, viel verkaunte Marat, der in einem seiner glänzenden Artikel seinem Volke zurief: „Wachet auf und schlafet nicht ein!“ So auch wir. Ja, wir müssen wachen, denn der Feind lauert stets auf uns. Einen Augenblick freundlich, wird er uns zerschmettern wenn er kann, und wenn wir uns nicht fügen nach seinem Willen. Die Freundschaft der Feinde ist öfter viel gefährlicher als ihre Wuth. Darum laßt Euch nicht verlocken. Wir begreifen, wie erfreut Ihr seid, Ihr habt Ursache zur Freude; denn hatte der Altmeister Jacoby Recht, wenn er sagte, daß die Stiftung des kleinsten Arbeitervereins für die Kulturarbeit wichtiger sei als Sadowa, wie wichtig muß dann dieser Tag wohl sein! Gewiß viel wichtiger, als alle Kriege in diesem Jahrhundert zusammen. Mit goldenen Lettern soll dieser Tag geschrieben stehen in den Jahrbüchern der Geschichte, und Sie, meine Freunde, sind sich vollkommen bewußt, hier zusammen zu sein als Träger der Kultur, als Vorarbeiter einer neuen Zukunft, einer neuen Epoche in der Weltgeschichte, wo nicht die brutale Gewalt, sondern Recht und Gleichheit regiert. Noch ist Ruhe nicht unser Theil, sondern Kampf, unermüdlicher Kampf. Nein, wir werden nicht ruhen, so lange noch ein Mensch auf der Welt gefunden wird, welcher darbt und elend ist, so lange noch ein Mensch Unrecht leidet und ausgebeutet wird, so lange noch ein Mensch in Unkenntniß herumläuft; und in diesem Streite fireiten wir nicht nur nebeneinander, nein, miteinander. Wir Holländer sind ein kleines Volk, aber die revolutionäre Tradition ist nicht untergegangen, und wir versprechen Ihnen, daß wir unsere Pflicht thun werden. Und sollten wir untergehen, unsere Fahne wird rein bleiben; wir werden fallen mit Ehre; denn wir haben nur ein Vaterland: die Menschheit, nur eine Sittenlehre: Liebe und Gerechtigkeit, nur einen Sinn: die Erlösung der darbenenden Menschheit! Und alle, welche dafür mit uns arbeiten, sie sind unsere Brüder, unsere Kampfesgenossen. Darum hoch die deutsche Sozialdemokratie! Dreifach hoch die internationale Sozialdemokratie! (Die Versammlung stimmt mit erhobener Rechten begeistert dreimal in den Hochruf ein.)

Dr. Adler-Wien: Werthe Genossen und Freunde! Im Namen der österreichischen Sozialdemokratie sind wir hier, um Sie zu begrüßen. Die österreichische Sozialdemokratie weiß, was es bedeutet, daß Sie heute wieder öffentlich Ihre Ziele verfolgen können. Die österreichische Sozialdemokratie ist noch enger mit der deutschen verknüpft, als alle anderen Arbeiterparteien; wir sind ihr jüngerer Bruder, verknüpft mit ihr durch eine Reihe von Beziehungen, welche

H

auch die politischen Beziehungen dieser beiden Staaten zum Ausdruck bringen. Wir haben aber auch noch etwas anderes mit Ihnen gemeinsam. Wir wissen, was Sie gelitten haben während des Ausnahmegesetzes, wir in Oesterreich vielleicht am meisten von allen hier Anwesenden. Ich bin nicht hier erschienen, um zu klagen über das, was in Oesterreich vorgeht, wir bringen unsere Klagen und Beschwerden im eigenen Lande vor; erinnern aber darf ich hier daran, daß in Oesterreich ein Zustand herrscht, welcher Ihr Ausnahmegesetz noch bei weitem übertrifft, daran erinnern, daß wir noch nicht den 1. Oktober gefeiert haben. Aber, wie der Freund aus Holland soeben gesagt hat, die deutsche Sozialdemokratie hat nicht nur für sich gekämpft, sie hat für die Arbeiter aller Nationen gekämpft, sie hat nicht nur für sich, sie hat für uns alle gesiegt. Wenn auch noch weiter in einzelnen Ländern die Politik des Zwanges in ihrer brutalsten Form ausgeübt wird, moralisch ist diese Politik am 1. Oktober gerichtet worden. (Sehr gut!) Daß dies geschehen ist, haben wir Oesterreicher den allermeisten Grund, den deutschen Sozialdemokraten zu danken. Ebenso wie Sie heute unbesritten unter allen Völkern die rothe Fahne vorantragen, werden wir, das darf ich hier versichern, soweit unsere politischen und ökonomischen Verhältnisse es erlauben, Ihnen in gutem Schritt und Tritt folgen. Wir wissen, daß Sie das Recht erworben haben, uns den Weg zu weisen; wir wissen, daß Sie der außerordentlichen Verantwortung nicht nur für Sie hier im Lande, sondern für die gesammte internationale kämpfende proletarische Partei sich bewußt sind, und in diesem Sinne begrüßen wir Sie. Sie hier in Deutschland sind viel mehr der klare, bewußte, vollständige Ausdruck der Bewegung des arbeitenden Volkes überhaupt, als in irgend einem anderen Lande. Die proletarische Bewegung ist in den anderen Ländern und auch in Oesterreich noch nicht sich selbst so sehr zum Bewußtsein gekommen, wie es in Deutschland der Fall ist. Wenn Sie österreichische Verhältnisse beurtheilen, müssen Sie sich erinnern, daß die Bewegung des arbeitenden Volkes in Oesterreich weit über das hinausgeht, was durch den Begriff der österreichischen Sozialdemokratie ge deckt wird. Die Bewegung wird aber auch jeden Moment eine tiefere, und ich glaube, der Augenblick ist nicht mehr fern, wo auch die österreichische Sozialdemokratie wird sagen können, sie sei der Ausdruck aller jener Kräfte, die im Proletariat sich zu seiner Befreiung regen, wo überall aus dem unbewußten ein bewußter Kampf geworden sein wird. Nun, Genossen, wir haben hier auch die Aufgabe, zu lernen; wir haben von den deutschen Sozialdemokraten viel gelernt, wir werden hoffentlich noch viel von ihnen zu lernen haben. Unsere Bewegung ist in einer so raschen, so überraschenden Art des Fortschreitens begriffen, daß sie sich einfach nicht mehr verfolgen läßt; aber eins wissen die Oesterreicher und die meisten

H

andern, die Sie hier begrüßen und begrüßt haben, daß theoretisch und praktisch jener Weg, den die deutsche Sozialdemokratie eingeschlagen hat, derjenige ist, welchen die einzelnen Völker, nach ihren Verhältnissen angemessen abgeändert, werden gehen müssen. In diesem Sinne bringe ich Ihnen den Gruß der Oesterreicher und schließe mit einem Hoch auf die deutsche Sozialdemokratie, mit einem dreifachen Hoch auf die internationale proletarische Bewegung! (Stürmischer dreifacher Hochruf.)

Von Werner-Teltow ist mittlerweile folgender Antrag eingelaufen:

Der Parteitag möge Entscheidung treffen, ob diejenigen Reichstagsabgeordneten, welche kein Mandat als Delegirte besitzen, beschließende Stimme haben.

Der Antrag wird als Geschäftsordnungsantrag behandelt, für welchen die Unterstützung von 15 Stimmen genügt. Er findet die nöthige Unterstützung und kommt sofort vor Eintritt in die Tagesordnung zur Verhandlung.

Werner-Teltow verweist zur Begründung des Antrages auf das gestrige Vorgehen der Hamburger Delegirten gegen Wegger-Hamburg; er hält es deshalb für zweckdienlich, daß die Versammlung eine Entscheidung treffe, damit für die Zukunft alle Streitigkeiten in dieser Frage aus der Welt geschafft würden.

Auer ersucht, feststellen zu lassen, wieviel Abgeordnete ohne Delegation vorhanden sind; er gehöre selbst zu denen, die sich um ein Mandat nicht umgesehen hätten; zu haben wären sie zu Duzenden gewesen.

Die Zahl der Reichstagsmitglieder ohne Delegirtenmandat wird ermittelt; sie beläuft sich auf 11.

Prinz-Frankfurt a. M. ersucht den Parteitag, sich gegen die Stimmberechtigung zu erklären; beratende Stimme hätten die Abgeordneten ohnehin, und die übrigen Mitglieder des Parteitages würden ja doch allein wissen, was sie zu thun haben.

Webel: Die Frage wird thatsächlich durch die später zu beratende Parteiorganisation erledigt werden; es heißt in § 8 des Ihnen vorgelegten Entwurfs ausdrücklich:

„Der Parteitag bildet die oberste Vertretung der Partei.

Zur Theilnahme an demselben sind berechtigt:

1. die Delegirten der Partei aus den einzelnen Wahlkreisen, mit der Einschränkung, daß kein Wahlkreis durch mehr als 3 Personen vertreten sein darf;
2. die Mitglieder der Reichstagsfraktion;
3. die Mitglieder des Parteivorstandes.

Die Mitglieder der Reichstagsfraktion und des Parteivorstandes haben in allen die parlamentarische und die geschäftliche Leitung der Partei betreffenden Fragen nur beratende Stimme.“

Dieser Entwurf steht allerdings zunächst auf dem Papier und

H

der Parteitag hat das Recht, ihn abzuändern; in diesem Sinne ist aber der Antrag Werner präjudizialisch. Er regt zwar nur die Frage an; aber da er das Beispiel Hamburgs herbeigezogen hat, so scheint er doch denjenigen Abgeordneten, welche kein Mandat zum Parteitage haben, in den allgemeinen Parteifragen nur beratende, unter keinen Umständen aber beschließende Stimme zuzusetzen zu wollen. Es hätten aber alle mit Wichtigkeit ein Mandat haben können, wenn sie sich darum hätten bewerben wollen; sie haben sich das erspart, da sie wünschten, daß möglichst viel Nichtabgeordnete delegiert würden. Soll nun ausgesprochen werden, daß die Fraktionsgenossen, die so verfahren sind, vom Stimmrecht ausgeschlossen werden sollen, während sie andererseits notorisch ein Mandat sehr leicht hätten erlangen können, und als Abgeordnete ein Parteimandat im höchsten Sinne bereits inne haben, dann werden diese Fraktionsgenossen zu Parteigenossen zweiter Klasse degradiert (sehr richtig), und wenn es dahin kommen sollte, wie es bereits mehrfach geschehen ist, daß man in der That solchen Unterschied macht und die Abgeordneten in gewissen Rechten und Beziehungen einzuschränken sucht, dann würde ich allerdings künftig vorziehen, kein Fraktionsgenosse zu sein, um vollwichtiger Parteigenosse sein zu können. Ich beantrage, daß Sie sich jetzt schon so entscheiden mögen, wie es § 8 des Entwurfs vorsieht; der dort angegebene Ausweg ist korrekt und für Alle annehmbar.

Kühn-Vangenbielau: Ich bin ja auch mit dem „Mafel“ befaßt, der Fraktion angehört zu haben. Bebel hat mit vollem Recht betont, daß die Annahme des Antrags Werner eine Degradation der Abgeordneten-Genossen bedeutet. Die letzte Konsequenz des Antrags wäre, daß die befähigten Genossen sich nicht mehr in den Reichstag würden wählen lassen und dann jede parlamentarische Thätigkeit unsererseits aufhören würde. Bei der Zusammensetzung dieser Versammlung glaube ich nicht weiter darauf einlassen zu sollen, welche Wichtigkeit immerhin die Theilnahme an den Reichstagsarbeiten für uns hat. Wir wissen das, wie wir auch wissen, daß wir damit die Welt nicht aus den Angeln heben werden. Wir würden uns das denkbar größte Armutshzeugniß mit der Erklärung ausstellen, daß unsere Abgeordneten z. B. nicht das Recht haben sollen, die Mandate der Kongreßtheilnehmer mit prüfen zu können.

Schmidt-Zwickau: Man hat wohl durchgehend in Deutschland die Meinung gehabt, daß die Abgeordneten der Partei stimmberichtig sind; aus diesem Grunde hat eben eine Anzahl Abgeordneter kein Mandat erhalten. Ich stimme im Sinne des Organisationsentwurfs für die Stimmberichtigung der Abgeordneten in allen Angelegenheiten mit Ausschluß der parlamentarischen (Beifall).

Guttenstein-Karlsruhe: Der Vorschlag Werner's zeugt sehr wenig von Sozialismus. Wer hier ist, soll auch gleichberechtigt sein.

H

Wenn wir in dieser Art und Weise in rein formellen Erörterungen unsere kostbare Zeit vergeuden wollen, dann kommen wir überhaupt zu nichts. Wir sind hier eine Versammlung unter Gleichen. Ein Armutshzeugniß in der That würden wir uns ausstellen, wollten wir denen, die im Reichstage, in der Öffentlichkeit für uns gekämpft haben, jetzt versagen, in unseren Angelegenheiten mit zu entscheiden.

Von drei verschiedenen Seiten wird der Schluß der Diskussion beantragt, von Förster-Hamburg befürwortet, von Wilschke-Berlin bekämpft und darauf mit sehr großer Mehrheit angenommen.

Vorsitzender Singer: Nach unserer Geschäftsordnung würde dem Antragsteller zu diesem Geschäftsordnungsantrage das Schlußwort nicht zu ertheilen sein. Ich bin aber der Meinung, der Parteitag hat alle Ursache, sich auch nur von der Möglichkeit des Vorwurfs frei zu halten, irgend jemand das Wort abzuschneiden zu wollen; ich bitte demnach, mich zu ermächtigen, ausnahmsweise von der Geschäftsordnung abzuweichen zu dürfen. (Zustimmung und Widerspruch.) Da Widerspruch laut wird, werden wir darüber abstimmen.

Die große Mehrheit der Versammlung stimmt dem Vorschlag des Vorsitzenden zu, welcher darauf dem Antragsteller das Schlußwort ertheilt.

Werner-Teltow: Parteigenossen! Ich weiß nicht, wie man zu einer solchen Praxis greifen kann, um Gedanken, die gar nicht in dem Antrage enthalten sind, herauszufischen. Es heißt, ich hätte wohl dieses oder jenes gemeint, und man fragt, ob der Antrag mit dem Sozialismus etwas gemein hätte. Der Antrag hat gar nichts mit dem Sozialismus gemein. Mit Worten wie Armutshzeugniß und dergleichen sollte man dem Antrag doch nicht entgegenreten. Ich will nichts weiter, als Streitigkeiten für die Zukunft vermeiden; ich protestire hier dagegen, daß mir unlautere Motive untergeschoben werden, und ich verbitte mir für die Zukunft derartige Unterstellungen.

Vorsitzender Singer: Ich habe dem nur hinzuzufügen, daß ich mir ebenfalls vorgenommen hatte, darauf hinzuweisen, daß der Antrag ausdrücklich dem Parteitage nur eine Frage zur Entscheidung gestellt hat.

Der Antrag Bebel's, für die bevorstehenden Abstimmungen vorbehaltlich der definitiven Entscheidung über das Organisationsstatut den § 8 des bezüglichen Entwurfs maßgebend sein zu lassen, wird mit großer Mehrheit angenommen. Damit ist der Antrag Werner erledigt.

In der Reihe der ausländischen Vertreter erhält nunmehr das Wort Mundberg-Kopenhagen: Deutsche Parteigenossen! Ich habe von der dänischen sozialdemokratischen Partei einen Dank zu bringen nicht nur für den großartigen Eindruck Ihres jetzigen Kongresses,

H

fordern vor allem für die großartige Art und Weise, wie die deutsche Sozialdemokratie den Ausnahmezustand überwunden hat. Mit Freuden denkt unsere Partei dabei des Umstandes, daß auch wir seiner Zeit Gelegenheit hatten, Freundschaft gegen die deutsche Sozialdemokratie zu zeigen, indem wir Ihnen anboten konnten, einen Ihrer Kongresse bei uns abzuhalten in einer Zeit, als die Verfolgungen hier in Deutschland gegen Sie tobten. Es freut uns im Auslande, wenn wir sehen, daß die Sozialdemokratie in Deutschland so stark dasteht, und es wird ebenso sehr die deutsche Sozialdemokratie freuen, wenn sie hören kann, daß es mit der Sozialdemokratie in den anderen Ländern gut steht. Ich konstatire deshalb an dieser Stelle, daß die dänische Sozialdemokratie jetzt eine sehr starke Stellung einnimmt, daß sie einen sehr bedeutenden Einfluß im Lande hat. Ich kann auch sagen, daß die prinzipielle sozialistische Politik in Dänemark schon sehr starke Wurzeln geschlagen hat, nicht allein in den Städten, sondern auch auf dem Lande. Bei unserem letzten Kongresse waren die Landarbeiter sehr stark vertreten, sie waren an Delegirten ebenso zahlreich, wie die städtischen. In dem Hauptvorstand der Partei sitzen viele Landarbeiter. Ueberhaupt haben wir in Dänemark in hohem Grade unsere Aufmerksamkeit auf die Landfrage gerichtet, indem wir erkannten, daß, um die Zustände in den Städten zu bessern, der Zuzug vom Lande verringert werden müsse, und das kann nur dadurch geschehen, daß man die Aufmerksamkeit ganz besonders der Landfrage zuwendet. Sie werden selbstverständlich einen größeren Einfluß auf die Entwicklung üben, als wir in den kleineren Ländern; letztere können in dieser Richtung mit Deutschland nicht konkurriren. Aber ich darf hier sagen: wenn es sich darum handelt, die sozialistische Fahne hoch und rein zu halten, unsere Politik energisch und umsichtig fortzuführen, dann wird man auch in den kleineren Ländern, auch in Dänemark, die Konkurrenz mit jedem anderen Lande aufnehmen (Bravo!) Ich schliesse mit der Wiederholung unseres Dankes: Wir danken der deutschen Sozialdemokratie für das, was sie bisher gethan hat, wie für das, was sie, wie wir wissen, in der Zukunft thun wird! (Stürmischer Beifall und Händeklatschen.)

Bed.-Zürich: Werthe Genossen! Gestatten Sie mir, die Grüße der deutschen Genossen in der Schweiz hier abzustatten und unserer Freude Ausdruck zu geben, daß es uns wieder möglich ist, auf heimatlichem, vaterländischem Boden zu tagen. Ich betone das „vaterländisch“, weil man uns immer vorwirft, wir hätten dafür keine Sympathie, wir wären Reichsfeinde. Ich kenne keine Gesellschaftsklasse im Auslande, die so an den Angelegenheiten des Vaterlandes Antheil nimmt, als die dort weilenden Angehörigen der Arbeiterklasse. (Bravo!) — Es ist sehr fraglich, ob es noch

H

einmal möglich gewesen wäre, in der Schweiz einen Parteitag abzuhalten — die schlechten Beispiele fingen bald an, die guten Sitten zu verderben (Heiterkeit). Wie dem nun auch sei, wir sind überall, wo wir waren, im Auslande oder im Inlande, mit großer Liebe an der Partei geblieben. Es ist da ein Unterschied: man kann z. B. eine Mutter recht lieb haben, weniger häufig die Schwiegermutter, und etwas schwiegermütterlich wurden wir ja behandelt (Heiterkeit). Von diesem Standpunkt aus müssen Sie unterscheiden, was ich davon halte, wenn ich von Vaterlandsliebe spreche. — Wir sind jenem Volke in der Alpenrepublik zu großem Dank verpflichtet. Was auch geschehen ist, wenn man auch zu Ausweisungen gegriffen hat, machen Sie nicht das Volk, machen Sie die Regierung dafür verantwortlich. Mancher biedere Republikaner hat damals den Kopf geschüttelt, mancher tolerante Arbeitgeber hat zweifelnd gefragt, wie es möglich sei, daß man bloß der Ansichten wegen maßregeln, als Parteigenosse ausgewiesen werden könne. Ich kann den Gefühlen, die mich bewegen, nicht Ausdruck geben; ich beziehe mich auf Niebnecht, der mit Recht sagte: „Das Proletariat der ganzen Welt sieht jetzt hierher. Die Genossen im Auslande erwarten, daß die deutsche Sozialdemokratie sich ihrer kulturhistorischen Mission bewußt ist und auch ferner an der Spitze des weltbefreienden Proletariats marschirt!“ (Lebhafter Beifall.)

Branting-Stockholm: Deutsche Genossen! Auch die schwedische Sozialdemokratie wünscht durch mich ihren Gruß Ihrem Parteitage auszurichten. Wenn wir auch jetzt noch eine junge Partei sind, die noch nicht auf Siege zurückblicken kann, auch nur annähernd so groß wie die Ihrigen, so sind wir doch von dem wahren Geiste der internationalen, revolutionären Sozialdemokratie durchdrungen und werden niemals ermüdet unsere Fahne sinken lassen, sondern immerwärtig vorwärts schauen und streben, und da stärkt uns das Bewußtsein, in der großen proletarischen Bewegung Deutschlands unser leuchtendes Beispiel vor uns zu haben. Wir wollen alles mögliche thun, um auch Schweden bald in die Reihen der Sozialdemokratie mehr vordringen zu lassen. Das Unmögliche aber können auch wir nicht thun; es ist Sache der Entwicklung und der wirthschaftlichen Verhältnisse, wie schnell unsere Bewegung vorwärts kommt. Vorläufig ist die theoretische Entwicklung bei uns der ökonomischen noch voraus. Ich wünsche im Namen der schwedischen Parteigenossen den deutschen Brüdern allen auf's herzlichste Glück. Ein Hoch der internationalen, revolutionären Sozialdemokratie! (Dreifache jubelnde Hochrufe.)

Anseele-Gent: Werthe Genossen! Ich kann nicht gut deutsch sprechen, darum werde ich sehr kurz sein. Im Namen der belgischen Parteigenossen bringe ich auch unsern Glückwunsch an die deutsche Sozialdemokratie. Wir sind vielleicht die Vertreter des kleinsten

H

hier vertretenen Landes, aber ich glaube versichern zu können, daß wir unser Bestes thun wollen, um die mutigsten Soldaten in der Armee zu sein. (Bravo!) Wir haben in Belgien kein Sozialistengesetz gehabt und haben es heute nicht; aber ohne Gesetz thun unsere Meister alles, was ihnen beliebt, ohne Gesetz verbieten sie unsere Versammlungen, verbieten sie den Verkauf und selbst die Ausstellung unserer Blätter. Und alles das unter dem Grundgesetz, welches alle Freiheiten giebt! Ein Zustand also, noch schlechter, als es der in Deutschland war. Sie wissen ja auch, daß wir in Belgien das Unglück haben, im Eden des Kapitalismus zu sein. Wir wollen alles thun, um mit Ihrer Hilfe und derjenigen der Parteigenossen der ganzen Welt das Eden der Arbeiter daraus zu machen (Bravo!). Wir belgischen Sozialisten haben uns verpflichtet, vorzuschlagen, daß der nächste internationale Kongreß in Brüssel, in Belgien stattfinden möchte. Wir hoffen, daß Sie sich im Sinne der belgischen Arbeiter entscheiden werden. Ich habe einige Worte in schlechtem Deutsch, aber aus gutem Herzen gesprochen (Beifall). Ich bringe ein Hoch auf die Sozialdemokratie, die internationale Sozialdemokratie! Wenn Sie so wie bisher fortschreiten, ist der Sieg unser trotz alledem! (Lebhafte, andauernder Beifall.)

Hierauf in die Tagesordnung eingetreten.

Klein-Berlin ersucht (zur Geschäftsordnung) den Parteitag, die Voreingenommenheit gegen die Berliner fallen zu lassen . . . (Glocke des Vorsitzenden.)

Vorsitzender Singer: Das ist keine Bemerkung zur Geschäftsordnung (Unruhe). Ich halte mich dem soeben ausgedrückten Wunsche gegenüber verpflichtet, zu konstatieren, daß ich namens des Parteitages die Insinuation zurückweise (sehr gut!), als ob der Parteitag gegen irgend eine Parteigruppe des Reiches voreingenommen wäre. Das Recht der Berliner Genossen wird in gleichem Maße geachtet werden, wie das jedes anderen Genossen. (Lebhafte Zustimmung.)

Punkt I der Tagesordnung:

### Bericht der Parteileitung.

Berichterstatler Webel: Parteigenossen! Die Freunde aus dem Auslande, die soeben nacheinander das Wort ergriffen, haben uns mit Lob und Anerkennung überschüttet; von allen Seiten tönt es uns entgegen, daß sie uns als eine Art Mutterpartei ansehen. Ich soll jetzt über die Thätigkeit der Partei Bericht erstatten, und da wünsche ich nur, daß es mir vergönnt sein möge, an der Hand der vorzuführenden Thatfachen darzutun, daß das reichlich spendete Lob einigermaßen verdient ist. Ich hoffe dann aber auch, daß die Errungenschaften, die wir zu verzeichnen haben, uns ein fernerer Ansporn sein werden, künftig unter der sogenannten „neuen Aera“

nur noch in höherem Maße unsere Kräfte und Anstrengungen im Interesse unserer Sache zu betheiligen.

Es sind genau drei Jahre, daß ich zum letzten Mal die Ehre hatte, vor den Vertretern der Partei Bericht zu erstatten; Sie wissen alle, unter welchen Umständen wir jene Berichte zu geben gezwungen waren. Während der 12 Jahre des Ausnahmegesetzes waren wir nicht in der Lage, innerhalb Deutschlands einen Parteitag abzuhalten; aus diesem zwingenden Grunde mußte der Turnus bei der Abhaltung der Parteitage ein sehr unregelmäßiger sein, wir konnten nur in weit auseinanderliegenden Zeiträumen uns sprechen und verständigen. Diesen Umständen, die wir nicht verschuldet, mußten wir uns aber nach Möglichkeit akkomodiren. Dafür sind aber auch gerade die unter dem Ausnahmegesetz im Auslande, und zwar 1880 in Widen in der Schweiz, 1883 in Kopenhagen und 1887 in St. Gallen abgehaltenen Parteitage als die eigentlichen Meilensteine in der Entwicklung der Partei zu betrachten. Es waren Freuden- und Ehrentage für die Partei, die, weil sie im Auslande unter großen Kosten, Opfern und Gefahren abgehalten werden mußten, das schönste und erhabenste Beispiel des Mutzes und der Opferwilligkeit geboten haben. Heute endlich, nach mehr als 13 Jahren, sind wir zum ersten Male wieder in Deutschland unter der Herrschaft des allgemeinen Rechts versammelt, und zwar so zahlreich, wie nie zuvor. Da dürfte es wohl am Platze sein, einen flüchtigen Blick auf die Hauptereignisse und die Entwicklung der Partei unter dem Ausnahmegesetz zu werfen. Als das Gesetz verkündet und dann sofort mit aller Schärfe gegen uns angewandt wurde, da haben wohl viele kaum die Hoffnung gehegt, daß wir eines Tages wieder so wie heute uns versammelt sehen würden. Leider ist die Zahl derer sehr, sehr groß, die diesen großen Tag des Sieges nicht mehr erleben. Es sind eine große Anzahl Genossen aus den verschiedensten Lebensstellungen, die von den Fanthabern des Gesetzes gehetzt, verfolgt, zu Grunde gerichtet und dadurch in ihrem Lebensfaden verkürzt in's frühe Grab sanken. Viele Hunderte andere wurden in den ersten Jahren der Herrschaft des Gesetzes durch die Vernichtung ihrer materiellen Existenz gezwungen, im Auslande Zuflucht und Unterkunft zu suchen. Von denjenigen, die in der vorsozialistengesetzlichen Zeit als Agitator und in öffentlichen Stellungen, als Redakteure, Abgeordnete u. s. w. in der Partei thätig waren, haben in den ersten Jahren über 80 Personen, darunter unsere tüchtigsten, besten und intelligentesten Genossen den deutschen Boden verlassen müssen, und nur sehr wenige von ihnen können oder werden in die Heimath zurückkehren. Es war ein Aderlaß an Kräften, wie nach einer verlorenen Schlacht, aber um so größer steht die Partei da, indem sie diesen Aderlaß nicht bloß ertragen, sondern das ihr abgezapfte

H

H